



Nueva Nicaragua

Informe

14. Jahrgang

Mai 2017

Nr. 145

Das Paradies von Mukul Beach

Quelle: Voz del Sandinismo

Die bekannte britische Tageszeitung *Financial Times* wählte „Mukul Beach, Golf and Spa“, als den besten für Familien geeigneten Touristikort der Welt aus. Der Ort befindet sich an der Küste „Esmaralda“ des nicaraguanischen Pazifik. Er bietet seinen Gästen vielfältige Erholungsmöglichkeiten in sauberer Umgebung und sicher für die Kinder.



Die Zeitung betonte, dass das Hotel ganz oben auf der Landkarte der Luxusreisen nach Nicaragua steht und dass es zurzeit möglicherweise das beste Objekt in Mittelamerika ist. Die Villen von Mukul sind ein perfekter Ort für Familien. Das Objekt bietet eine große Vielfalt der örtlichen Abenteuer und einem phantastischen Klub für die Kinder. In diesem Klub ermöglicht ein Spielprogramm den Kindern, in Kontakt mit der Natur zu treten. Sie können durch die Tropenwälder wandern, Meeresschnecken am Strand sammeln, Meeresschildkröten beobachten oder Kunstgewerbegegenstände herstellen. *Financial Times* stellte fest, dass verschiedene Möglichkeiten der Beherbergung bestehen. Sie reichen von zauberhaften Holzhütten bis zu geräumigen Villen mit Küchen, Schwimmbädern und direkten Zugängen zum majestätischen Strand „Manzanillo“.

Kürzlich veröffentlichte auch das brasilianische Nachrichtenportal *Travel-pedia.com.br* einen Artikel über den Hotelkomplex unter dem Titel „Mukul Beach, Golf & Spa: Luxus-, Abenteuer- und Sport-Erholungsort in Nicaragua“. Es hebt hervor, dass außer den Blockhäusern und Luxusvillen eine Fitnesshalle mit sechs Behandlungssälen, ein Golfplatz, zwei Tennisplätze, ein Strandklub und ein Kinderklub die Infrastruktur ergänzen.

Es gibt auch exzellente Punkte, um in der Nähe der kleinen Insel La Anciana zu tauchen oder zu schnorcheln, um das üppige Meeresleben, farbenfrohe Fische und herrliche Korallenriffe zu beobachten. Das Hotel bietet an, für Fischfangexkursionen seine private Yacht „Spirit of Mukul“ zu mieten. Zur Yacht gehören Angelausrüstung, Radio, Radar und Getränke. Sie wird von einem Kapitän geführt.

mem/ele

Jahresmesse „Erntebeginn“

Quelle: Voz del Sandinismo

Die 8. Jahresmesse „Erntebeginn“ wird am 12. und 13. Mai 2017 in der Plantage „Cukra“ in Telica stattfinden. Sie wird vom Verband der Landwirte des Departements Leon ausgerichtet. Danilo Cortés, Geschäftsführer des Verbandes, informierte, dass außer den kleinen Produzenten rund 70 Zulieferbetriebe und Dienstleister an der Veranstaltung teilnehmen werden. „Wir wollen zusammen Lösungen suchen, um den nächsten Zyklus noch erfolgreicher zu gestalten.“

Auf der Messe werden Landwirtschaftsmaschinen und Saatgut präsentiert sowie Gespräche über das Marktverhalten der Produkte, den Klimawandel und die Vielfalt der Anbaukulturen stattfinden. Die Produzenten sind voller Erwartungen. Sie werden etwas mehr über die Beregnungsanlagen, die

Solartechnik und die Finanzierungsangebote für die Landwirtschaft der verschiedenen nationalen Banken erfahren. Das Ziel der Messe ist es, die Produzenten und die Öffentlichkeit einander näher zu bringen und die Vielfalt der landwirtschaftlichen Produkte vorzustellen, um das Interesse zu wecken, in die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft zu investieren.

mem/ele

Mit oder ohne Nica Act – wir werden voranschreiten

Quelle: Informe Pastrán

Als er am 5. Mai 2017 den Nica Act kommentierte, sagte Präsident Daniel Ortega: „Ob er verabschiedet wird oder nicht, wir müssen weiter arbeiten... Die Welt wird nicht aussterben, die Wirtschaft wird nicht zerfallen, wenngleich zeitweilig die protektionistische Politik einsetzen kann.“



„Ich glaube, dass sie unerwartet die protektionistische Politik anwenden werden und dass wir uns in einen internationalen Krieg zwischen den Staaten befinden. Jeder, der versucht sich zu protegieren, wird versuchen sich zu verteidigen. Das wird aber logischerweise nicht helfen... Wichtig ist, dass wir hier in Nicaragua bereits einen hohen Grad der Einheit, des Zusammenhalts, erreicht haben, um schwierige Momente zu meistern, die uns die Weltwirtschaft aufzwingt, wie in den Jahren 2007, 2008, 2009, als die Krise in den Vereinigten Staaten und Europa einschlug.“

Und weiter: „Nicaragua ist hier, aber die einzige spezielle Gefahr ist der Nica Act, dessen Effekt relativ sein wird. Er ist mehr eine politische Sache. Hingegen können die Faktoren, die die Weltwirtschaft belasten, dazu führen, einen Schock zu provozieren. Das wiederum wird logischerweise auch uns und alle Länder, die nicht die Kraft der entwickelten Länder haben, in eine sehr schwierige Situation bringen. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, entsprechende Schritte einzuleiten. Wir arbeiten bereits daran. Wir haben bereits darüber verhandelt. Wir haben uns über das Thema ausgetauscht. Jetzt müssen wir handeln! Das heißt nicht, dass nur die Regierung Schockmaßnahmen einleitet. Das passt nicht in unsere Wirklichkeit. Die Regierung muss mit den Arbeitern, mit den Unternehmern, mit den Produzenten – wir alle müssen zusammenstehen und ihnen sagen: Seht her, bis hierher und nicht weiter!“

Einstimmige Ablehnung des Nica Act

Quelle: Informe Pastrán



Die Nationalversammlung Nicaraguas nahm am 6. April 2017 einstimmig eine Erklärung aller Fraktionen an, in der sie den Kongress-Abgeordneten der USA antworteten und den Gesetzentwurf Nica Act ablehnten...

Die Abgeordneten der Konstitutionellen Liberalen Partei (PLC), der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI), der Nicaraguanischen Liberalen Allianz (ALN), der Allianz für die Republik (APRE) und der Konservativen Partei (PC) schlossen sich der Frente Sandinista an und nahmen eine einheitliche Position ein. Sie distanzieren sich damit von den politischen Gruppen und Bewegungen, die auf Seiten des Gesetzentwurfes aus Washington stehen...

„Wir Vertreter der Nationalversammlung stimmen mit der Erklärung der Regierung der Republik Nicaragua bezüglich des Gesetzentwurfes Nica Act 2017, der von einer Gruppe von Kongress-Abgeordneten der Repräsentanten-Kammer der USA vorgelegt wurde, überein. Dieses Gesetz ist darauf gerichtet, unser Land wirtschaftlich zu destabilisieren“, heißt es in der Erklärung... „Wir Abgeordneten teilen nicht die Befürchtungen des Generalsekretariats der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), dass unsere Positionen die Arbeit der nicaraguanischen Regierung und des Generalsekretariats der OAS stören könnten. Dort geht es um die Zusammenarbeit zur Stärkung des Landes auf den Gebieten der Demokratie, der Wahlen und der Regierungsfähigkeit“... „Wir Abgeordneten der Nationalversammlung Nicaraguas werden weiterhin dafür arbeiten, den Frieden, die Sicherheit, die Demokratie, den Rechtsstaat und die Regierungsfähigkeit zu stärken. Wir werden weiterhin daran arbeiten, gute Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand der nicaraguanischen Familien zu schaffen“...

Die Abgeordneten des PARLACEN (Mittelamerikanisches Parlament) befassten sich ebenfalls mit der Erklärung der Nicaraguanischen Regierung. Sie lehnten mehrheitlich den Gesetzentwurf Nica Act der nordamerikanischen Kongress-Abgeordneten ab. Viele Bewegungen und Parteien drückten ihre Solidarität mit Nicaragua aus und anerkannten die feste und würdevolle Position der Regierung Nicaraguas.

Erklärung der Regierung Nicaraguas zum Nica Act

Quelle: Voz del Saninismo

Die Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit veröffentlichte am Abend des 5. April 2017 eine Erklärung zu den Vorstellungen einer Gruppe nordamerikanischer Abgeordneter, die für ihre radikalen und einmischenden Positionen bekannt sind, den sogenannten Nica Act einzuführen.



Heute Abend (5. April 2017) ratifizierten die Kongress-Abgeordneten, die im September des vergangenen Jahres einen feindseligen Vorstoß auf das Recht des nicaraguanischen Volkes auf Wohlstand, Sicherheit, Arbeit und Frieden unternahmen, dieses Ansinnen der Extremisten und Förderer der Respektlosigkeit vor den Modellen der handelnden Demokratie mit eigenem Charakter. Sie kehren damit in ein politisches Vorwahl-Panorama bestimmter nicaraguanischer Bürgergruppierungen, die mit der reaktionären nordamerikanischen Politik übereinstimmen, zurück.

Als sie Nica Act 2017 präsentierte, strebte diese Gruppe der Kongress-Abgeordneten danach, das Recht unseres Volkes und unserer Regierung, unser christliches, sozialistisches und solidarisches Modell fortzusetzen, zu verletzen. Unser Modell garantiert Demokratie, Dialogbereitschaft, Bündnisse und Konsenssuche, Ruhe, soziale Harmonie und Hoffnung.

Nica Act 2017 ist eine weitere Bedrohung, die der Eifer der imperialistischen Mentalität in der langen Geschichte über Nicaragua brachte, um sich unser Land anzueignen. Er ist ein erneuter Versuch, sich das Recht auf zerstörerische Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten herauszunehmen. Das irrationale, unsinnige und unzulässige Bestreben dieser Gruppe der Kongress-Abgeordneten mit den bekannten extremen Ansichten zielt nur darauf ab, ein Land zu destabilisieren, wo Menschen den Vorrang haben, wo wir ruhig und ausgewogen in einer reichen Kultur und Religion, Familie und Gemeinschaft, die wir als Sondervermögen pflegen, leben.

Nicaragua wird weiterhin Bollwerk, Beispiel und Streitkraft der Sicherheitsstrategie Mittelamerikas und des Kontinents Unser Amerika sein. Es wird dafür arbeiten, so, wie wir es immer getan haben und weiter tun werden, um den Drogenhandel, das Verbrechen und die organisierte Kriminalität zu be-

kämpfen und unsere Grenzen vor dem Eindringen des internationalen Terrorismus zu schützen.

Nicaragua wird sein Modell der Versöhnung und der Einheit, der Arbeit und des Friedens immer weiter festigen. Das liegt in der Verantwortung eines Staates und seiner Regierung, deren sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften und Sicherheiten genauso bekannt sind, wie die Durchschlagskraft, Effizienz und Transparenz ihrer Verwaltung.

Unsere erprobte Fähigkeit zu regieren, was sich vor allem in der verantwortungsvollen Wirtschaftsführung zeigt, hat uns in ein Land mit nachhaltigem Wachstum verwandelt, wo die Fortschritte im Kampf gegen die Armut sichtbar und unleugbar sind.

Nica Act erscheint wie ein blinder, tauber und irrationaler Vorschlag, der von gefühllosen, hinterhältigen und komplett verschlossenen Geistern ausgearbeitet wurde. Er ist gegen das Recht der Nicaraguaner, weit entfernt von den Konflikten der Vergangenheit und in neuen Zeiten zu leben, die Zeiten der Siege, der guten Gerechtigkeit, der guten Hoffnung, der Weisheit und der Proklamation der guten Zukunft sein werden.

Wir werden den Fortgang dieser unseligen Initiative, die nicht das Herz, die Vernunft oder das Mitgefühl verkörpert, die den Menschen verpflichten, wie ein Bruder oder eine Schwester zu handeln, aufmerksam verfolgen. Sie negiert die Anerkennung, das Bewusstsein und die Würde unseres Volkes.

Nicaragua wird die Arbeit für den Wohlstand und den Frieden schwungvoll fortsetzen. Nicaragua wird die positiven und klugen Bündnisse, die der Einheit für das Gemeinwohl dienen, weiter verstärken. Nicaragua wird sein Modell des Glaubens, der Familie und der Gemeinschaft in Würde, auf den eigenen Höhen unserer Landschaften und einer geschickten, wirksamen, experimentierfreudigen, klugen und besonnenen Führung weiter voran bringen.

Managua, 5. April 2017

Regierung der Versöhnung und der Nationalen Einheit Nicaraguas

Die ALBA-Länder verurteilen den Nica Act

Quelle: *Voz del Sandinismo*

Am 10. April 2017 tagte der Politische Rat von ALBA-TPC in Havanna. Die Mitgliedsländer des Bündnisses veröffentlichten eine Erklärung zur Unterstützung Nicaraguas und verurteilten die Vorstellungen einiger nordamerikanischen Kongress-Abgeordneten das Gesetz, das als Nica Act bekannt geworden ist, einzuführen.



Kubas Außenminister Bruno Rodríguez

Die Außenminister der Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz für die Völker Unserer Amerikas und des Handelsvertrages der Völker (ALBA-TPC), die sich in Havanna zur 25. Tagung des Politischen Rates der ALBA-TPC versammelt haben, erklären:

Wir verurteilen die Bereitschaft einer Gruppe nordamerikanischer Kongress-Abgeordneter, die für ihre reaktionären, respektlosen und einmischenden Positionen bekannt sind, in den Kongress der USA ein Gesetz, das als Nica Act bekannt geworden ist, einzubringen. Dieser sogenannte Nica Act ist das perverse Ansinnen, eine Wirtschaftsblockade gegen das Volk und die Regierung Nicaraguas zu errichten und gegen das Recht dieses Bruderlandes, in Wohlstand und Sicherheit, Arbeit und Frieden zu leben, zu verstoßen. Es ist eine neue der vielen Bedrohungen der USA, die sie im Verlauf der Geschichte über Nicaragua brachten. Sie ist ein neuer Versuch der imperialistischen Denkweisen, sich Nicaragua einzuverleiben und das Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas für sich zu beanspruchen.

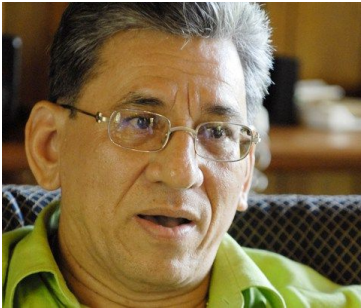
Der Nica Act ist darauf gerichtet, ein Land zu destabilisieren, das für seine sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Errungenschaften und für sein erfolgreiches politisches Modell der Bündnisse und der Einheit auf allen Gebieten bekannt ist.

Die Länder von ALBA erklären ihre Unterstützung und Solidarität mit dem Volk und der Regierung Nicaraguas. Sie lehnen diese neue Aggression gegen eine Nation, die es versteht, ihr Recht auf Wohlstand, und soziale Harmonie, Sicherheit und Frieden mit Würde zu verteidigen, ab.

Havanna, 10. April 2017

Ausländische Einmischung nicht gestatten

Quelle: *Informe Pastrán*



Der ehemalige Armeechef Nicaraguas General a.D. Humberto Ortega meldete sich zum Nica Act zu Wort. Er lehnt den Gesetzentwurf einiger USA-Kongress-Abgeordneten ab. Er rief die Nicaraguaner auf, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht zu gestatten... „Bereits am 1. Januar 2016 schickte ich einen Brief an die Botschafterin (der USA) Frau Dogu.“

„Ich schrieb, dass ich den Nica Act kategorisch ablehne. Am 2. September 2016 rief ich zu einer Nationalen Vereinbarung auf, um alle Probleme zu lösen, die sich seit 1990 in der friedlichen Schmiede der Demokratie angehäuft haben“, meinte der frühere Militärchef gegenüber *Informe Pastrán*.

„Jegliches Mittel wie der Nica Act ist eine klare Einmischung der Vereinigten Staaten. Noch bedenklicher ist diese Einmischung angesichts einer zerstrittenen, schwachen und zersplitterten Opposition“, sagte General a.D. Ortega. „Anstatt zur nationalen Stabilität beizutragen, bringt sie (die Opposition) den Wettstreit Nicaraguas zu den Themen der nationalen Sicherheit, welche die Vereinten Staaten interessieren, in Gefahr. Anstatt eines Dreiecks des Nordens wollen sie die Region in ein Rechteck der regionalen Instabilität, das bis Panama reicht, verwandeln“, stellte er fest...

Für General a.D. Ortega „muss die Auseinandersetzung zwischen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Regierung (Nicaraguas) Priorität haben, ob mit oder ohne Nica Act. Aber kein Nicaraguaner darf diese Einmischung unterstützen.“

Im vergangenen Jahr kam Caleb McCarry, der Stabschef des Komitees für Außenbeziehungen des Senats der Vereinigten Staaten nach Managua, um sich privat mit Präsident Daniel Ortega zu beraten. Danach traf er sich separat mit Humberto Ortega. Beiden legte er seine Vorstellung von den brennenden Problemen der Region, wie den Drogenhandel, die organisierte Kriminalität, die Migration und die Gewalt dar... Sie sprachen über strategische Angelegenheiten der mittelamerikanischen Region, der Karibik und Nicaraguas herzlich und respektvoll... Bei dieser Gelegenheit hob General a.D. Ortega hervor, dass „wir den Vergleichsvorteil, benachbarte Nationen zu sein, nutzen müssen, um eine diametral entgegengesetzte Be-

ziehung zu den Beziehungen, die vor mehr als einem Jahrhundert der Konfrontation und der Kriege herrschten, herzustellen und die den Anstrengungen Nicaraguas, immer in Frieden leben zu wollen, entgegenkommt. Nicaragua will Frieden, um den wirtschaftlichen Fortschritt zu erlangen und die Armut zu besiegen, was wiederum grundlegend für die nationale Sicherheit der Region und der USA ist. In diese Richtung müssen noch mehr Ressourcen investiert werden"... Sie warnten davor, gegenwärtig danach zu streben, Nicaragua zu destabilisieren. Das würde zu einem Rechteck des Nordens und einer totalen Instabilität in der Region führen.

Tage danach holte eine Gruppe nordamerikanischer Kongress-Abgeordneter die Gesetzesvorlage Nica Act aus der Schublade und verwandelte sie in eine Art politischen Waiver gegen Nicaragua. Eine der einflussreichsten Tageszeitungen der USA, die *Washington Post*, veröffentlichte eine breite Reportage über die Zusammenarbeit, die Russland Nicaragua anbietet. Die Zeitung schuf einen nachteiligen Meinungszustand und warf uns vor, Basis einer internationalen Spionage durch die Installation des russischen Satellitensystems Glonass zu sein... Die Reportage beharrte darauf, dass Russland Nicaragua als Brückenkopf bei ihren Absichten benutzt, um mehr Einfluss in Lateinamerika zu gewinnen. Die Reportage behauptet, dass es in der russischen Botschaft in Managua ein Spionagezentrum gibt, ohne dafür irgendwelche dokumentarischen Beweise vorzulegen... In der vergangenen Woche sagten die Veröffentlichungen aus, dass die USA wegen des russischen Beistandes für unser Land rastlos unterwegs waren. Diese Veröffentlichung war kein reiner Zufall...

Die *Washington Post* zitierte anonym nordamerikanische Funktionäre und stellte fest, dass es viel „Aktivität“ in der russischen Botschaft in Managua gibt. Und dann erklärte sie mit einer unüblichen und sprunghaften Zunahme fassungslos, dass sie in Managua ein logistisches technologisches Zentrum ausgemacht hätten... „Funktionäre und Ex-Funktionäre der USA argwöhnen, dass die neuen russischen Einrichtungen die Fähigkeit des doppelten Nutzens haben könnten, vor allem für die gegen die USA gerichtete elektronische Spionage. Die nordamerikanischen Sicherheitsexperten betrachten die militärischen Bewegungen in Mittelamerika als eine mögliche Gegenmaßnahme auf die größere militärische Präsenz der USA in Osteuropa, was beweisen würde, dass Russland auch einen Pfeiler im Hinterhof der USA setzen kann“, schrieb die Zeitung.

Konsens für Unser Amerika

Agenda für eine Debatte. Einleitung zum Dokument durch Orlando Nuñez Soto, Quelle: tortilla con sal



Das Dokument, das dem Leser vorliegt, ist der erste Versuch von mehr als hundert politischen Organisationen der Linken Lateinamerikas und der Karibik, die seit 27 Jahren im Forum von Sao Paulo versammelt sind, ihre Vorstellungen für ein politisches Programm zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Diese Vorstellungen sollen in einen ständigen Prozess der Überarbeitung, der Konsultation und der Beschlussfassung einfließen.

Das Ziel der Publikation besteht darin, unsere Denkweise, unsere Gefühle, Erfahrungen und Vorschläge zu verallgemeinern. Wir sind daran interessiert, seinen Inhalt im Kreis der Tausenden Organisationen unserer lateinamerikanischen und karibischen Völker aufzufüllen. Wir hoffen ganz einfach, dass das Dokument als eine Diskussionsagenda im Kreis eines jeden der politischen, akademischen, institutionellen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, indigenen, afroamerikanischen, Jugend- und Frauenkollektiven anerkannt wird. Überall dort, wo Vereine bestehen, die sich im Widerstandskampf gegen das herrschende System und die bestehende Ordnung befinden, soll unser Dokument diskutiert werden.

Der historische Moment für Unser Amerika wird durch eine größere Offensive der lokalen Kräfte der Oligarchien, die von den imperialen Mächten (Staaten), speziell vom Imperialismus der Vereinigten Staaten und seinen Verbündeten unterstützt werden, charakterisiert. Wir treffen eine eindeutige Widerstandskraft, eine kritische Bürgermeinung und Kritik der öffentlichen Institutionen, angeführt von politischen und sozialen Organisationen des lateinamerikanisch-karibischen Subkontinents, an. Die Führungsorgane und Organisationen haben ihre Positionen eindeutig beibehalten, ohne den Idealen unserer Vorfahren untreu zu werden. Diese Ideale wurden und werden genährt durch die Eroberungen, die seit der Unabhängigkeit bis in die Gegenwart uns beweisen, dass der Kampf weiterhin unerlässlich, notwendig und entscheidend ist, um eine unterdrückte Welt zu verändern.

Das bestehende politische und wirtschaftliche System, angeführt von den imperialen Regierungen und Nationen, verliert Tag für Tag die Fähigkeit, das von ihm ausgebeutete und dominierte Volk zu ernähren und die von ihm angefressene Artenvielfalt zu erhalten. Es fällt ihm immer schwerer, die wirtschaftliche Rentabilität für die Mehrheit seiner Betriebe zu sichern und dafür nutzbringend den öffentlichen Haushalt einzusetzen, um die Gewinne der immer mehr werdenden begünstigten Kapitaleigner zu garantieren. Andererseits setzen die Wirtschaftsverbände die Verlagerung der örtlichen und einheimischen Betriebe ins Ausland fort. Sie tragen dadurch zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit, Verarmung der Bevölkerung und Vertreibung der Bevölkerung in die Städte und ins Ausland bei.

Jedoch garantieren die Krisen des Systems noch nicht seinen Verfall. Sie funktionieren als Mechanismen, um sein unheilvolles Treiben mit größerer Effizienz aufzubessern. Die Veränderungen von oben nach unten können nur das Resultat revolutionärer Sprünge sein, so klein sie auch sein mögen. Es bedarf ständiger Bemühungen, um das System zu delegitimieren und die Bevölkerung auf die Seite unserer sozialökonomischen Programme zu ziehen.

Vom politischen Standpunkt aus gesehen und als Ergebnis eines taktischen Abkommens zwischen der Rechten und der Linken bekennen wir uns zur einbeziehenden Demokratie und akzeptieren sie als ein Mittel und ein Ziel, um die Macht zu erlangen und auszuüben. Wir haben uns entschieden, das Jahrhundert der bewaffneten Revolutionen in unserer Hemisphäre, das mit der Kubanischen Revolution 1959 begann und mit der aktuellen Waffenniederlegung der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens endete, abzuschließen. Das Resultat hat uns Recht gegeben. Unser Ringen um die öffentliche Meinung brachte uns 40 Prozent der Bürgerstimmen ein, was sich in den verschiedenen Ländern bei Präsidenten-, Parlaments- und Munizipalwahlen ausdrückte. In diesem Kampf bewährten sich das Bündnis und die Kampfkraft der unterschiedlichen politischen Wahlfronten und der sozialen Bewegungen. Sie werden sich auch weiterhin bewähren. Sie haben in den vergangenen Jahren ihre Forderungen und Streiks für alternative Wirtschaftsführungen und teilhabende Leitungsformen vervielfacht. Auf diese Art und Weise sind wir auch weiterhin der Freiheit, der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet. Auf diese Art und Weise erklären wir in dem Dokument unsere Überzeugung darüber, dass der Kampf für soziale Veränderungen lang sein wird. Aber er muss täglich und auf allen Ebenen geführt werden.

In diesem Sinne und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen verpflichten wir uns, gegen den Überfluss durch die uneingeschränkt wirken-

den Marktregeln zu streiten. Wir sind für eine gemischte Wirtschaft und setzen uns gleichzeitig für die Tausenden verbreiteten Wirtschaftseinheiten ein, die der Arbeitslosigkeit entgegen treten und sich entschieden haben, diese Mühen auf sich zu nehmen, um ihr eigenes Überleben und ihre eigene Reproduktion zu erhalten. Gleichermaßen begünstigten die Ergebnisse dieser Aktivitäten das bestehende System, um die sozialökonomische Tragödie, hervorgerufen durch die soziale Ungleichheit, zu verschleiern.

Unsere Gegner, weit davon entfernt, unsere Wahlerfolge und Wirtschaftsformen für eine entstehende Volkswirtschaft anzuerkennen, haben sich entschieden, die Linksregierungen politisch zu destabilisieren und wirtschaftlich zu boykottieren. Sie schwächen den Staat steuerlich und privatisieren seine Betriebe. Sie betiteln die Linksregierungen als populistisch und autoritär und werden selbst zu einer wütenden zerstörerischen Opposition, die das Mittel des Staatsstreiches jeder Art einschließt. Als Teil ihrer Strategie haben sie die neuen Laienkirchen, die Nichtregierungs-Organisationen (NGO) und ihre Intellektuellenorgane instrumentalisiert. Nachdem sie die Linksregierungen verteufelt und den Nationalstaat geschwächt haben, entfalten sie gegenwärtig einen als fortschrittlich verschleierten Streit. Dieser dient dem Ziel, die öffentlichen Institutionen zu beschuldigen und aufzufordern, die von der Globalisierung und neoliberalen Politik zurückgelassenen Verwüstungen zu beseitigen.

Trotz aller Gegnerschaft sind die neuen Wirtschaftseinheiten der Bevölkerung (Bauern, Arbeiter, Handwerker, Händler, Fischer, Indigenen-Gemeinschaften, Familienwirtschaften und Kooperative, die auf eigene Rechnung arbeiten) dabei, sich selbständig zu machen. Obwohl noch prekär, produzieren sie einen Großteil der Lebensmittel, die unsere Länder konsumieren, überweisen Geld aus dem Ausland und tragen mit ihren Einnahmen und Ausgaben mit mehr als 50 Prozent zum verfügbaren Bruttoinlandsprodukt unserer Volkswirtschaften bei. Noch leben sie unter prekären Bedingungen, weil sie den Mehrwert nicht erlangen können, der die kapitalistischen Betriebe begünstigt, die den Überschuss über den Handelsmarkt abfließen lassen. Vorläufig hat diese neue Wirtschaft begonnen, einige Stufen der Wertungskette (Aufkauf, Handel, Verarbeitung und Export) über vielseitige kooperative und vereinshafte Formen zu nehmen. Das beginnt damit, sie mit größerer Unternehmerinitiative und Solidarität seiner Familienwirtschaften zu verwalten. Diese kleinen Überlebens- und Reproduktionseinheiten, die sich progressiv ausbreiten, konkurrieren auf einem Markt, der immer ausschließlicher und ausschließender wird.

Die aktuelle Konjunktur verschleißt weiterhin unsere Volkswirtschaften, das Lebensniveau und die soziale Sicherheit der Bevölkerung. Die Naturres-

sources werden immer mehr vermarktet. Die nationale Souveränität unserer Nationen leidet unter der neoliberalen Globalisierung, die heutzutage mit einem größeren Protektionismus der imperialen Mächte kombiniert wird. In diesem Bestreben, erhöhen die imperialistischen Nationen ihren konservierenden und konzentrierenden Impuls ohne Ausnahme, bis hin zu ihrer eigenen Bevölkerung. Sie terrorisieren die Welt mit ihren Raubkriegen, mit dem Aufbau ihrer transnationalen Konzerne und Militärbasen auf unseren Territorien, mit der Einführung ihrer Handels- und Finanzmechanismen, mit denen sie unsere Überschüsse fortgesetzt eintrocknen und unsere Volkswirtschaften prekär sein lassen. Wir beobachten auch eine Wiederbelebung ihrer alten Werte des Rassismus und des Fremdenhasse. Unsere Gegenwart wird durch einen Kreuzzug gegen den Terrorismus, den sie selbst erzeugt haben, verseucht.

Als Teil unserer Vorschläge haben wir in dieses Dokument Alternativen des Kampfes und des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Modells aufgenommen, das wir uns als ein Modell der Volksmacht vorstellen. Die Volksmacht verstehen wir als eine Verbindung der fortschreitenden Wirtschaftsorganisation der kleinen und mittleren Produzenten zusammen mit der zahlenmäßig kleiner werdenden Arbeiterklasse auf dem Wege der sozialen und wirtschaftlichen Organisation der Volks- und sozialen Bewegungen und der öffentlichen Politik. Sie muss hergestellt werden, um die Armut mittels einer fortschrittlichen und teilnehmenden Haushaltspolitik zu beseitigen, unsere Versorgungs- und Wirtschaftssouveränität zu verteidigen, die Agrarreform durchzuführen, wenn möglich die großen ausländischen Monopole zu enteignen, den Nationalstolz unserer Streitkräfte zu ermuntern, die öffentlichen Einrichtungen zu erobern und zu verändern, lokale Formen der Leitung der lokalen und nationalen Institutionen durch das Volk zu fördern, ein Modell der Wiederherstellung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger und eine stetig wachsende teilnehmende Wahrnehmung der Verantwortung, die zwischen den öffentlichen Institutionen und der lokal und bereichsweise organisierten Bevölkerung aufgeteilt wird, progressiv auf den Weg zu bringen. Dieses Konzept und diese Praxis der Volksmacht wird das Produkt der Wechselwirkung der sozialen Kräfte sein. Es ist ein anderes als das der Volksmacht, die aus der bewaffneten Revolution entstanden, als die sozialen Kräfte ein bewaffnetes Volk formierten, um ein sozialistisches Projekt samt Akteur zu verteidigen und kämpferisch die Hauptrolle bei der direkten Leitung der öffentlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu übernehmen. Diese historischen Beiträge inspirieren heute die bedeutungsvollen Praktiken der direkten Demokratie, welche die bolivarianischen Prozesse in Kuba, Nicaragua, Venezuela, Ecuador und Bolivien vollziehen.

In diesem „Krieg der Positionen“ streben wir trotz der Verteufelung durch unsere Gegner eine größere staatliche Führungsrolle an, die auf eine gemischte Wirtschaft orientiert und diese plant. Sie soll das produktive Kapital strukturell umgestalten und mit unserer öffentlichen Politik das Entstehen einer tatsächlichen Volkswirtschaft mittels der Unterstützung der neuen Akteure begünstigen. Diese neuen Akteure erwarten, als produktive Subjekte behandelt zu werden, die befähigt werden müssen. Sie wollen nicht als Arme behandelt werden, deren Misere man mildern will.

In dieser Auseinandersetzung sind die Wahlkämpfe weiterhin die echten Schlachtfelder für die öffentliche Meinung und die politischen Institutionen, für die friedlichen, aber kämpferischen Auseinandersetzungen auf allen Gebieten, die es uns unabhängig von ihren Endergebnissen erlauben, den Puls der Annahme unserer politischen Programme zu fühlen und neue Werte auszuüben, die das durch die konservative Tradition geimpfte Bewusstsein beeinflussen. Es geht darum, jede soziale Organisationsform zu fördern und zu festigen, die aus der Mobilisierung der Straßen eine Demonstration der Identität, des Drucks und der Einheit werden lässt und darin das Bündnis aller möglichen politischen Kräfte einschließt, die es uns ermöglichen, in der politischen Führung eines alternativen sozialen Projekts voranzukommen.

Wir sind auch davon überzeugt, dass die nationale Souveränität nicht ohne lateinamerikanische Souveränität zu haben ist. Wir bestätigen erneut unseren Willen, für die lateinamerikanische und karibische Einheit zu arbeiten und zu kämpfen und dabei unsere Besonderheiten zu achten. Aber wir verrennen uns nicht darin, die Faktoren der Einheit gegen die Brandung eines dekadenten Systems anzuhäufen und kundzutun. Diesem System gelingt es immer weniger, die Sehnsucht der am meisten verarmten, ausgeschlossenen, diskriminierten und vergewaltigten Menschen, Familien und Gemeinden nach einem besseren Leben zu verdecken. Es verachtet diese Menschen, Familien und Gemeinden in ihrer Arbeit und ihrem Alltagsleben. Es ignoriert deren Kämpfe und Mühen, um dem System, das sie täglich unterdrückt, zu widerstehen.

In diesen lokalen, nationalen, kontinentalen und weltweiten Kämpfen wird es immer nationale und soziale Bewegungen geben, die es auf sich nehmen, in den ersten Reihen der offensiven politischen Front gegen das imperiale System zu stehen und zu kämpfen. Gegenwärtig fühlen wir mit unseren mexikanischen Brüdern, die schikaniert und verdrängt werden, wenn sie den Fortschrittsposten einnehmen wollen, um die imperiale Offensive abzuwehren. Sie errichten ihre eigenen Barrikaden, um der Brandung des kriegerischen Protektionismus der Vereinigten Staaten zu widerstehen.

Mexiko hat eine geografische Grenze mit Mittelamerika, der Karibik und Südamerika. Mexiko löste die erste Revolution im 20. Jahrhundert auf amerikanischem Boden aus. Lateinamerika muss Mexiko die gleiche Solidarität erweisen, die dieses Land der kubanischen Revolution, dem heldenhaften Kampf der Unidad Popular unter Salvador Allende, der Sandinistischen Revolution oder der Bolivarischen Revolution Venezuelas erwies. Wir werden die wertvollen Erfahrungen der Solidarität Mexikos für unsere Kämpfe gegen die Attacken und vielfältigen Missetaten des Gringo-Imperialismus nicht vergessen.

Angesichts des neuen imperialen Feldzuges müssen wir aufs Neue eine große antiimperialistische Front schaffen und dazu aufrufen, den Angriffen einer USA-Wirtschaft, die sich an einigen der verschiedenen Fronten des globalisierten wirtschaftlichen Konkurrenzkrieges zurückzieht und die die weiße Vormachtstellung mit Sitz in den Vereinigten Staaten und in anderen Industrieländern wiedererlangen will, noch besser zu widerstehen

Dieses Konsensdokument soll einem anderen Amerika dienen, um die kleinen und großen Aufgaben und Schlachten vorzubereiten. Das geerbte System, die Angriffe des Feindes und unsere eigenen Verpflichtungen und Hoffnungen zwingen uns dazu anzutreten.

In diesem Sinne gilt es, die Kräfte mit allen gemeinsamen Systemgegnern innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten zu bündeln und dabei die Widersprüche, in denen sich gezwungener Maßen Präsident Trump bewegt, als Trojanisches Pferd zwischen den Interessen innerhalb einer imperialen Nation und den Interessen des imperialistischen Systems zu nutzen. Die Interessen der großen transnationalen Gesellschaften regieren die Welt mittels den Regeln des globalisierenden Kapitals, das, wie wir wissen, kein Vaterland hat und keine Grenzen, keine nationalen Gesetze, keinen Wankelmut oder ideologischen Skrupel kennt.

Inhalt:

Das Paradies von Mukul Beach	1
Jahresmesse „Erntebeginn“	2
Mit oder ohne Nica Act – wir werden voranschreiten	3
Einstimmige Ablehnung des Nica Act	4
Erklärung der Regierung Nicaraguas zum Nica Act	5
Die ALBA-Länder verurteilen den Nica Act	7
Ausländische Einmischung nicht gestatten	8
Konsens für Unser Amerika	10

Redaktionsschluss: 7. Mai 2017

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de